



im Stadtrat Chemnitz

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

wir lesen wöchentlich, teilweise sogar mehrmals in der Woche, von den besorgniserregenden Entwicklungen des Crystal-Konsums in Sachsen. Unsere Region ist besonders betroffen. Die Zahl der Crystal-KlientInnen in den Chemnitzer Suchtberatungsstellen hat sich in den letzten 3 Jahren mehr als verdreifacht. Die Wartezeiten bei den Beratungsstellen liegen bei bis zu 5 Wochen.

Der Anstieg der Crystal-Klientinnen erzeugt wiederum Engpässe in der Basisversorgung für Alkoholiker, Glücksspieler u.a. Suchtkranke. Gleichzeitig steigt in jüngster Zeit auch die Zuweisung von Alkoholikern durch Jobcenter, Arbeitgeber und Rentenversicherungen wieder an.

150 Klienten kamen im vergangenen Jahr auf eine Fachkraft in der Suchtberatungsstelle des Adventswohlfahrtswerkes. Der hohen Arbeitsbelastung steht seit den EKKO-Sparmaßnahmen in 2012 eine untertarifliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen gegenüber. Ein steigender Krankenstand und der Verlust von Fachkräften deuten darauf hin, dass die Belastungsgrenze erreicht ist. Im Spieler-Jargon würde man sagen: „Rien ne va plus!“

Inzwischen hat das Adventswohlfahrtswerk die Fachkraftwochenstunden in der Drogenberatung von einer auf eine halbe Stelle reduziert. Statt 150 Drogenklienten können dort nun nur noch 75 betreut werden. Die Basisversorgung ist damit nicht mehr gesichert!

Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN, SPD und LINKE eine Erhöhung der kommunalen Zuwendungen für die Suchtberatungs- und Behandlungsstelle des Adventswohlfahrtswerkes um 27.737 Euro auf insgesamt 100.000 Euro für 2015 und um 30.000 Euro für das Jahr 2016. Damit sollen zunächst zwei Dinge erreicht werden:

1. Die Absicherung der dringend benötigten 3,5 Arbeitseinheiten der Suchtberatungsstelle, deren Förderung der Sozialausschuss 2011 beschlossen hat, um den Basisbedarf zu decken.
2. Eine angemessene Bewertung der qualifizierten MitarbeiterInnen durch eine Tarifierung, die insbesondere ein kleiner Träger wie das AWW nicht stemmen kann.

Darüber hinaus müssen zeitnah weitere Schritte zur konzeptuellen Entwicklung und zur finanziellen Absicherung der Sucht- und Drogenberatung in Chemnitz folgen! Mit steigenden Zuweisungen vom Land ist zu rechnen. Nun ist die Stadtverwaltung am Zug, den für das 1. Quartal 2015 angekündigten Runden Drogen-Tisch zügig einzusetzen.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag und danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Christin Furtenbacher

